

## Resolutionen der Vollversammlung der LK OÖ

### Preisdiskussion schadet gesamter Lebensmittelbranche

Mehrheitlich angenommen am 24. September 2025

Die von Finanzminister Markus Marterbauer angestoßene Diskussion zur Einführung eines Preisdeckels bei Lebensmitteln sorgt seit Sommer für anhaltende öffentliche und politische Diskussionen. Bedauerlicherweise wurde der Vorstoß zur Einführung eines Preisdeckels bei Lebensmitteln auch umgehend vom FPÖ-Parlamentsklub unterstützt. Konsequenzen dieser Diskussion sind vor allem eine erhöhte Preissensibilität der Konsumentinnen und Konsumenten sowie eine noch schwierigere Position der Lebensmittelerzeuger bei den laufenden Preisverhandlungen mit dem Lebensmittelhandel.

Die heimische Wirtschaftskonjunktur leidet nun schon längere Zeit unter einem negativen Kon-

sumklima. Dieses kann mit den angeführten Preisdiskussionen wohl keinesfalls verbessert werden.

Ein Blick auf umgesetzte Maßnahmen in anderen EU-Mitgliedsländern zeigt, dass mit Ausnahme von Umsatzsteuersenkungen durch sonstige staatliche Eingriffe keinerlei nachhaltige Lebensmittelpreissenkungen erzielt werden können. Zudem wird von den österreichischen Konsumentinnen und Konsumenten im EU-Vergleich ein sehr niedriger Anteil der Haushaltsausgaben für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke verwendet. Des Weiteren zeigt eine Detailanalyse der aktuellen Lebensmittelinflation, dass diese aktuell vor allem auf die klimawandelbedingten star-

ken Preisanstiege bei Kaffee, Tee und Kakao zurückzuführen ist. Weiters entfallen 39 Prozent der Lebensmittel- bzw. Ernährungsausgaben auf Gasthäuser, Restaurants und Kantinen. Gerade diese Ausgaben weisen aufgrund der stark gestiegenen Lohnsteigerungen eine stark überdurchschnittliche Preisdynamik auf. Vor diesem aufgezeigten Hintergrund sind allfällige staatliche Preiseingriffe bei Lebensmitteln keinesfalls notwendig und zielführend, sondern in letzter Konsequenz sogar gesamtwirtschaftlich äußerst kontraproduktiv.

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert daher Finanzminister Markus Marterbauer und den FPÖ-Parlamentsklub mit al-

lem Nachdruck auf, ihre Forderungen zur Einführung eines Preisdeckels bei Lebensmitteln aufzugeben. Die rechtliche Verankerung eines derartigen Preisdeckels ist mit einer funktionierenden Marktwirtschaft nicht vereinbar, bringt für Konsumentinnen und Konsumenten keine wirkliche Entlastung, schafft aber für die gesamte Wertschöpfungskette bei Lebensmitteln und damit auch in der Landwirtschaft einen zusätzlichen wirtschaftlichen Druck. Die politische und öffentliche Diskussion zu Preiseingriffen und die damit einhergehende Verschlechterung des Konsumklimas wirkt zudem massiv bremsend auf die angestrebte Erholung der wirtschaftlichen Konjunktur.

### Dauerhafte Agrardiesel-Entlastung für Wettbewerbsfähigkeit heimischer Land- und Forstwirtschaft unverzichtbar

Einstimmig beschlossen am 24. September 2025

Der massive Anstieg der Energiekosten in den vergangenen Jahren hat die bäuerlichen Familienbetriebe massiv unter Druck gesetzt. Zusätzlich verursachen bereits umgesetzte und weitere geplante handelspolitische Liberalisierungsschritte teils massive Herausforderungen auf den agrarischen Absatzmärkten. Dazu kommt seit Juli des heurigen Jahres die schrittweise ansteigende Zollbelastung für Düngemittelimporte aus Russland und Weißrussland. Daraus er-

gibt sich aktuell insbesondere bei den Ackerkulturen eine dramatische und äußerst angespannte wirtschaftliche Situation. Darüber hinaus werden aktuell in fast allen EU-Mitgliedsländern entsprechende Mineralölsteuerentlastungen für die Landwirtschaft angeboten, wodurch sich die wirtschaftliche Wettbewerbssituation für die heimische Land- und Forstwirtschaft weiter verschärft. Auch die neue deutsche Bundesregierung hat zuletzt die Wiedereinführung

einer Agrardieselentlastung ab dem kommenden Jahr beschlossen.

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert daher die Bundesregierung und insbesondere den Bundesminister für Finanzen mit allem Nachdruck auf, wie im Regierungsprogramm vorgesehen, auch in den kommenden Jahren eine entsprechende Entlastung bei der Mineralölsteuer für Agrardiesel sicher zu stellen.



Die Diskussion über den Preisdeckel schadet der gesamten Lebensmittelbranche. AdobeStock\_165919378

### EU-Entwaldungsverordnung muss vereinfacht werden

Mehrheitlich angenommen am 24. September 2025

Die anstehende EU-Entwaldungsverordnung schafft in Österreich nur zusätzliche sowie wirkungslose Bürokratie, da aufgrund der bestehenden forstgesetzlichen Regelungen in Österreich ohnehin keinerlei Entwaldung stattfindet. Wirklich problematische Entwaldungen finden vor allem außerhalb Eu-

ropas statt. Im aktuellen Entwurf zu den EU-Umsetzungsregelungen wird Brasilien nicht in die höchste Risikostufe gestellt, wo nach wie vor Regenwald im großen Stil abgeholzt wird. Die von Bundesminister Norbert Totschnig auf EU-Ebene eingebrachte Forderung zur Schaffung einer vierten Risikokatego-

rie für Null-Risiko-Länder wird von der LK OÖ weiterhin mit allem Nachdruck unterstützt. Die Vollversammlung fordert daher den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz sowie Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK) sowie die österreichischen Abgeordneten zum EU-Parlament

mit allem Nachdruck auf, sich gegenüber der EU-Kommission konsequent für die Aufnahme der EU-Entwaldungsverordnung in das angekündigte EU-Paket für den Bürokratieabbau (Omnibus-Paket) sowie die Einführung einer Null-Risiko-Kategorie in der Entwaldungsverordnung einzusetzen.

## Preisentwicklungen erfordern dringende Anpassung der Werttarifverordnung für Tierseuchenfälle

Einstimmig beschlossen am 24. September 2025

Die angespannte Seuchensituation in Europa sowie die angestiegenen Erzeugerpreise machen eine Anpassung der Werttarif-Verordnung dringend erforderlich. Durch angepasste Werttarife kann die Meldemoral bei Seuchenverdacht hochgehalten werden. Damit können schnelle Seuchenbekämpfungsmaßnahmen eingeleitet und eine Weiterverbreitung eingedämmt werden. Die aktuelle Werttarifverordnung basiert auf ca. sechs Jahre alten Werten für bestimmte Tierkategorien

(Rinder, Einhufer und Zuchtschweine). Zwischenzeitlich ist der Agrarpreisindex für tierische Erzeugnisse allein im Zeitraum 2019 bis 2023 um ca. 36 Prozent gestiegen. Je nach Tierkategorie und Dynamik der verschiedenen Märkte sollte über die Werttarifverordnung eine angepasste Abgeltung ermöglicht werden. Bisher wurden Werttarife z.B. für Schwein und Geflügel von den Ländern verlautbart. Die geänderte gesetzliche Lage durch das neue Tiergesundheitsgesetz überträgt die Kompetenz

zur verordnungsmäßigen Festlegung aller Werttarife an den Bund. Bereits Ende 2024 wurde die Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen (BAB) beauftragt, Tarife zu berechnen.

Seit den Berechnungen haben sich die Märkte (z.B. im Rinderbereich) weiter massiv verändert. Daher sollte vor einer Begutachtung jedenfalls eine Neuberechnung seitens der BAB erfolgen. Wie wichtig Versicherungsangebote für landwirtschaftliche Tierhalter

sind, haben die letzten Monate mehr als deutlich gezeigt. Auch für Versicherungsprodukte stellt die Werttarifverordnung eine wichtige Basis dar.

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ ersucht daher sowohl die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Korinna Schumann, sowie den Finanzminister Dr. Markus Marterbauer dringend, rasch eine entsprechend aktualisierte Werttarifverordnung zu erlassen.

## Bundesregierung muss an Ablehnung des Mercosur-Abkommens festhalten – Verpflichtende Herkunftskennzeichnung in Gastronomie und Hotellerie endlich umsetzen

Einstimmig beschlossen am 24. September 2025

Auch nach dem Start des Ratifizierungsprozesses zum EU-Mercosur-Handelsabkommen lehnt die heimische Landwirtschaft diesen Handelspakt weiterhin konsequent ab. Daran können auch die nunmehr verankerten Schutzmaßnahmen nichts ändern. Die wirtschaftliche Zukunft bäuerlicher Familienbetriebe sowie die Versorgungssicherheit mit heimischen Qualitätslebensmitteln dürfen nicht einseitig zugunsten industrieller Exportinteressen geopfert werden. Die Vollversammlung der LK OÖ fordert die Bundesregierung mit allem Nachdruck auf, konsequent an der ablehnenden Position zum EU-Mercosur-Abkommen festzuhalten und die Ratifizierung des Interims-Handelsabkommens auch im EU-Handelsministerrat abzulehnen.

### Verpflichtende Herkunftskennzeichnung endlich umsetzen

Angesichts bereits umgesetzter Liberalisierungsschritte und wesentlich höherer agrarischer Produktionsstandards in der

EU und insbesondere in Österreich müssen dringend weitere Schritte für mehr Fairness beim Absatz heimischer Lebensmittel gesetzt werden. Dazu gehört insbesondere die Einführung der von der bäuerlichen Berufsvertretung schon seit Jahren geforderten verpflichtenden Herkunftskennzeichnung in der Gastronomie und Hotellerie. Es ist für die Bauernfamilien nicht mehr länger tragbar, dass sie einerseits für eine muster-gültige Pflege der Kulturlandschaft sorgen, andererseits aber in Gastronomie und Hotellerie vielfach noch auf kostengünstigere anonyme ausländische Lebensmittelherkünfte gesetzt wird. Die Vollversammlung der LK OÖ fordert daher das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wiederholt mit allem Nachdruck auf, im Sinne der Konsumenteninteressen und der wirtschaftlichen Fairness raschestmöglich eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung für die Hauptzutaten von Speisen in Hotellerie und Gastronomie umzusetzen.



## Österreichaufschlag bei Pflanzenschutzmitteln wirtschaftlich nicht mehr tragbar

Einstimmig beschlossen am 24. September 2025

Pflanzenschutzmittel werden in Österreich gezielt nach den Grundsätzen des integrierten Pflanzenschutzes eingesetzt. Sie dienen der Ertrags- und Qualitätssicherung. Die damit erzeugten hochwertigen Produkte stehen im internationalen Wettbewerb und die Preise orientieren sich am Weltmarkt. Die Preise für Pflanzenschutzmittel sind aber in Österreich deutlich höher als vergleichbar in Deutschland. Eine Recherche der Landwirtschaftskammer OÖ hat ergeben, dass sie für ausgewählte, vielfach in der Praxis verwendete Produkte, beim direkten Einkauf vor Ort bei lokalen Händlern, durchschnittlich um 24 Prozent höher sind. Verglichen wurden Preise vom oberösterreichischen Landhandel mit jenen

vom grenznahen bayerischen Raum. Extreme Unterschiede gibt es bei lokalem Einkauf z.B. bei den Produkten Harmony SX (um 73 Prozent höherer Preis in Österreich als in Bayern), Boxer (+ 48 Prozent) und Callisto (+ 87 Prozent).

Vergleicht man die Preise auf Basis von offiziellen Preislisten, so beträgt der Unterschied 14 Prozent. Das ist ein klarer Wettbewerbsnachteil für die heimischen Produzenten.

Die Landwirtschaftskammer OÖ fordert daher, dass die Pflanzenschutzfirmen, vertreten durch die Industriegruppe Pflanzenschutz, ihre Preisgestaltung in Österreich an die bayerischen Verhältnisse anpassen, weil aktuell eine enorme Wettbewerbsverzerrung im Ackerbau gegeben ist.

## Resolutionen der Vollversammlung der LK OÖ

### Hitzeschutzverordnung für Land- und Forstwirtschaft machbar gestalten

Einstimmig beschlossen am 24. September 2025

Der Erlass einer Hitzeschutzverordnung soll vor dem Hintergrund des Klimawandels und steigender Hitzetage für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Freien einen gezielten Schutz vor Hitze und UV-Strahlung bieten. Eine entsprechende Verordnung für die gewerbliche Wirtschaft war bereits in Begutachtung. Für die Land- und Forstwirtschaft wird auf politischer Ebene offenbar eine inhaltliche Regelung angestrebt.

Die mit dieser Regelung verfolgten Zielsetzungen werden im Grundsatz auch von der Landwirtschaft unterstützt. Eine direkte Übernahme der inhaltlichen Regelungen der gewerblichen Hitzeschutzverordnung wird aufgrund der speziellen Anforderungen der Landwirtschaft abgelehnt.

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert daher das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz auf beim Erlass einer Hitzeschutzverordnung für die Landwirtschaft aus Gründen der Machbarkeit und der Praktikabilität insbesondere folgende Anforderungen zu berücksichtigen:

- Kurzeitige Arbeitseinsätze von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit einer Dauer von einigen wenigen Tagen auf Arbeitsstätten im Freien sollten vom Anwendungsbereich der Verordnung generell ausgenommen werden

- Die in der gewerblichen Verordnung vorgeschlagenen Maßnahmen zum Hitzeschutz, wie z.B. Reduzierung der Ar-

beitsschwere, Tätigkeitswechsel und Akklimatisierung können in der Landwirtschaft nur schwer oder gar nicht umgesetzt werden, insbesondere bei witterungs- oder ernteabhängigen Arbeitsspitzen. Eine Verlagerung der Arbeitszeit im Sommer wäre in vielen Fällen wohl sinnvoll, deren wirtschaftliche Machbarkeit wird aber durch die dann fälligen kollektivvertraglichen Zuschläge wesentlich eingeschränkt. Hier ist daher auch die Flexibilität der Dienstnehmervertreter gefordert

- Ablehnung der Auflage von Maßnahmen zum Hitzeschutz auf auswärtigen Arbeitsstellen (somit auch auf Feldern und in Wäldern)

- Ablehnung der Anordnung, dass die Maßnahmen

zum Hitze- und UV-Schutz umzusetzen sind, wenn die GeoSphere Austria eine Hitze- und UV-Warnung mindestens der Stufe 2 ausgibt

- Die verpflichtende Bereitstellung von spezieller UV-Schutzkleidung an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird abgelehnt, wenn mit der von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bevorzugten (privaten) Arbeitskleidung bzw. Sonnenschutzcreme ein gleich wirksamer UV-Schutz erzielt werden kann

- Die verpflichtende Klimatisierung von neu angeschafften selbstfahrenden Arbeitsmitteln wird abgelehnt, da dies den Erwerb und die Nutzung von gebrauchten selbstfahrenden Arbeitsmaschinen unverträglich einschränken würde

### Verbreitung von Falschinformationen zu angeblichen LK-Pflanzenschutzkontrollen nicht akzeptabel

Mehrheitlich angenommen am 24. September 2025

Die Gewässeraufsicht des Landes OÖ hat zuletzt auf Rapsflächen mittels Blatt- und Bodenproben Kontrollen zum Pflanzenschutzmitteleinsatz in Wässerschutz- und -schongebieten durchgeführt. Diese Kontrollen erfolgen unangekündigt, da das Land OÖ über keine aktuellen Bewirtschaftungsdaten verfügt. Über Intervention der Landwirtschaftskammer wird aber nun versucht, betroffene Bewirtschafteter der Flächen seitens des Landes vorab zu informieren. Diese Vorgangsweise wurde zuletzt von anonymen Aktivisten zum Anlass genommen, um in sozialen Medien vor unangekündigten Pflanzenschutzkontrollen der Landwirtschaftskammer OÖ zu warnen. Die Vollversammlung der LK OÖ stellt gegenüber den Kammermitgliedern klar, dass seitens der Landwirtschaftskammer keinerlei Pflanzenschutzkontrollen durchgeführt werden. Derartige

Kontrollen obliegen ausschließlich den dafür zuständigen Behörden. Die Vollversammlung der LK OÖ ersucht die Urheber dieser Falschinformationen mit allem Nachdruck die Verbreitung solcher „Fake News“ zu unterlassen, da damit ungerechtfertigter Weise erhebliche Verunsicherung in der betroffenen Bauernschaft verursacht wird. Aus der Anonymität heraus Falschinformationen zu verbreiten, muss als verantwortungslos eingestuft werden.

Die Verantwortungsträger der LK stehen bei offenen Fragen gerne für Gespräche, Auskünfte, die Beantwortung offener Fragen und bei Bedarf auch für interessenspolitische Unterstützungen zur Verfügung. Die Verbreitung von Falschinformationen zu Lasten der Landwirtschaftskammer schadet in letzter Konsequenz auch der Bauernschaft und wird daher nachdrücklich abgelehnt.



### Ehrung für Franz Kastenhuber

Seit über drei Jahrzehnten prägt Franz Kastenhuber aus Bad Wimsbach mit seinem unermüdlichen Engagement, seiner fachlichen Kompetenz und seiner Leidenschaft für den Pflanzenbau die landwirtschaftliche Praxis und Forschung in OÖ. Für seine herausragenden Verdienste im Bereich des Pflanzenschutzes und des landwirtschaftlichen Versuchswesens verlieh ihm die Landwirtschaftskammer Oberösterreich bei der Vollversammlung am 24. September mit großer Dankbarkeit und Anerkennung die Ehrenurkunde.

Bild (v.l.): Präsident Mag. Franz Waldenberger, Vizepräsidentin Rosemarie Ferstl, Ing. Franz Kastenhuber mit seiner Gattin Maria und Kammerdirektor Mag. Karl Dietachmair.

LK OÖ/PrimeBnig